

Beschluss III Menschen- und Demokratiefreundlichkeit bekämpfen - Demokratie stärken

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	24.04.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

Text

7494 **III Menschen- und Demokratiefreundlichkeit** 7495 **bekämpfen - Demokratie stärken**

7496 Wir sind eine antifaschistische Partei. Der antisemitische, rassistische und
7497 frauenfeindliche Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019 hat noch einmal
7498 klargemacht, dass die extreme Rechte in all ihren Formen innerhalb und außerhalb
7499 der Parlamente aktuell die größte Bedrohung für die offene demokratische
7500 Gesellschaft darstellt. Diese Bedrohung werden wir weiter engagiert bekämpfen.
7501 Dafür wollen wir die vielfältige demokratische Zivilgesellschaft und die
7502 Sicherheitsbehörden stärken.

7503 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden einen klaren Fokus auf
7504 den Kampf gegen Rechtsextremismus legen. Jede*r muss spüren, dass der
7505 Rechtsstaat rassistischen, antisemitischen, sowie menschen- und
7506 demokratiefreundlichen Straftaten keinen Raum lässt. Wir setzen auf konsequente
7507 Strafverfolgung und wollen die Perspektive der Betroffenen rechter Gewalt und
7508 Hetze stärken. Aktivitäten wie die Internetstreife gegen Hasskriminalität im
7509 Netz wollen wir ausweiten. Zur Bekämpfung von Hasskriminalität braucht es im
7510 Regelfall keine neuen staatlichen Befugnisse, sondern eine konsequente Anwendung
7511 bestehender Rechtsnormen, sowie bessere Informationsgewinnung und Analyse bei
7512 den Sicherheitsbehörden. Wir wollen auch deshalb dafür sorgen, dass staatliche
7513 Behörden und zivilgesellschaftliche Expertise stärker miteinander vernetzt
7514 werden.

7515 Antisemitismus, Rassismus antimuslimische Ressentiments, Antiziganismus und
7516 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene an den
7517 Rändern unserer Gesellschaft. Sie sind in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung
7518 verbreitet.

7519 Der Kampf gegen die extreme Rechte kann auch deshalb nicht durch
7520 Sicherheitsbehörden gewonnen werden. Entscheidend sind der entschlossene
7521 zivilgesellschaftliche Widerspruch und das Engagement der Bürger*innen. Wir
7522 stehen an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft und arbeiten aktiv in
7523 Vereinen, Verbänden und Initiativen mit.

7524 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische
7525 Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen,
7526 Bündnissen, Verbänden, oder Vereinen stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei,
7527 wichtige Anliegen auf die öffentliche Tagesordnung zu heben und leisten ihren
7528 Beitrag zur öffentlichen Willensbildung. Mit Demokratiefördergesetzen auf
7529 Bundes- und Landesebene werden wir ihr Engagement nachhaltig, unbürokratisch und
7530 finanziell absichern.

7531 Der Kampf gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie
7532 Rassismus, Homo-, Trans*- und Frauenfeindlichkeit ist weiterhin ein Schwerpunkt
7533 unserer Arbeit. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kampf gegen den erstarkenden
7534 Antisemitismus in all seinen Varianten zu. Dafür stärken wir die Ansprechperson
7535 für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus auf Landesebene. Zudem werden wir
7536 in allen Bildungseinrichtungen die Aufklärung über Antisemitismus und andere
7537 Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausbauen. Den Schutz jüdischer
7538 Einrichtungen und anderer bedrohter Objekte wollen wir dauerhaft sicherstellen.
7539 Das Landesprogramm für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt wollen wir verstetigen und
7540 ausbauen. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Demokratieförderung braucht
7541 Fachträger mit dauerhaften Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ebenso wie
7542 Modellprojekte, in denen Neues entwickelt werden kann und breit getragene,
7543 ehrenamtliche Bündnisse und Initiativen. Wir entwickeln Fördermodelle, die diese
7544 Vielfalt der Zivilgesellschaft spiegeln und unterstützen.

7545 Wir stärken zivile Konfliktbearbeitung insbesondere in den Kommunen, wo durch
7546 Beteiligungsformate wie Konfliktberatung, konfliktsensible Gemeinwesenarbeit,
7547 Stadtteildialoge oder Gemeinwesenmediation lokale Konflikte konstruktiv
7548 bearbeitet werden können.

7549 Wir schaffen ein Landesantidiskriminierungsgesetz

7550 Deutschland ist ein Einwanderungsland und auch die Gesellschaft Sachsen-Anhalts
7551 hat sich verändert. Sie ist vielfältiger geworden. Staatliche Behörden müssen
7552 diese Diversität anerkennen und bejahen. Wir wollen als Land klarstellen, dass
7553 Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer
7554 rassistischen Zuschreibung, einer antisemitischen Zuschreibung, der Sprache, der
7555 Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,
7556 des Lebensalters, der sexuellen Identität, der geschlechtlichen und Gender-
7557 Identität sowie des sozialen Status durch öffentliche Stellen nicht toleriert
7558 werden. Wir erachten das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin als
7559 vorbildliche Regelung und streben eine solche Regelung auch für Sachsen-Anhalt
7560 an. Damit schließen wir Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in
7561 Lebensbereichen, die in Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, zum Beispiel
7562 in den Bereichen Bildung und Polizeivollzug.

7563 Ein Gesetz für die Versammlungsfreiheit

7564 Die Versammlungsfreiheit ist für eine funktionierende Demokratie und eine
7565 vielfältige Zivilgesellschaft unentbehrlich. Wir wollen dieses wichtige
7566 Grundrecht stärken und deshalb das Landesversammlungsgesetz weiterentwickeln.
7567 Mit einem Gesetz für die Versammlungsfreiheit schaffen wir eindeutige
7568 Zuständigkeiten, verringern Rechtsunsicherheiten und erleichtern Bürger*innen
7569 die Anmeldung und Durchführung von Versammlungen. Wir wollen, dass alle
7570 Bürger*innen sich ohne Furcht vor staatlicher Überwachung oder strafrechtlicher
7571 Verfolgung an friedlichen Versammlungen beteiligen können. Den zuständigen
7572 Behörden geben wir mit einem Gesetz den Auftrag zur Deeskalation und Kooperation
7573 auf den Weg.

7574 Das Parlament weiter stärken

7575 Wir stehen für eine produktive Streitkultur in einem lebendigen und transparent
7576 arbeitenden Parlament, denn demokratischer Streit um die beste Lösung macht Lust
7577 auf Demokratie und Mitmachen. Die Öffnung der Ausschüsse für die Öffentlichkeit
7578 war ein wichtiger grüner Erfolg, auf dem wir weitere Schritte zu umfassender
7579 Transparenz der Parlamentsarbeit aufbauen wollen. Eine weitere Verkleinerung des
7580 Landtags unter die Regelgröße von 83 Abgeordneten lehnen wir ab. Wir setzen uns
7581 für ein gesetzliches Verbot des Einsatzes von Mitarbeiter*innen der Abgeordneten
7582 für Parteiarbeit und Wahlkämpfe ein.

7583 Wir wollen ein gesetzlich festgelegtes Verfahren, wie das Parlament in Fällen
7584 von Katastrophen, Notständen, Pandemien oder Ähnlichem in Entscheidungen
7585 einbezogen wird.

7586 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass alle Menschen in die gesetzliche
7587 Rentenversicherung einzahlen, auch Abgeordnete. Nebeneinkünfte von Abgeordneten
7588 sollen gesetzlich und eurogenau offengelegt werden. Das Lobbyregister des
7589 Landtags wollen wir so weiterentwickeln, dass für Bürger*innen nachvollziehbar
7590 wird, wer auf den Gesetzgebungsprozess im Einzelnen Einfluss genommen hat.

7591 Gewaltenteilung ernst nehmen

7592 Gewaltenteilung ist ein Grundwert unserer Demokratie. Indem Minister*innen
7593 gleichzeitig Abgeordnete sind, wird die Kontrolle der Regierung durch das
7594 Parlament erschwert. Wir wollen deshalb eine strikte Trennung von
7595 Regierungsarbeit und Parlament.

7596 Für Minister*innen und Staatssekretär*innen wollen wir eine Karenzregelung
7597 schaffen, die eine Abklingzeit regelt, bevor diese in ihrem ehemaligen
7598 Verantwortungsbereich in die freie Wirtschaft wechseln können.

7599 Bürger*innenbeteiligung ausbauen

7600 Demokratie bedeutet, unterschiedliche, sich widersprechende Sichtweisen und
7601 Interessen wahrzunehmen, Konflikte anzuerkennen und Zusammenleben durch
7602 Aushandlung gemeinsam zu gestalten. Demokratie braucht konstruktiven Streit und
7603 gemeinsame Suche nach Lösungen, gerade in Zeiten umfassenden und schnellen
7604 Wandels.

7605 Wir begreifen die Zivilgesellschaft mit ihrem reichen Spektrum an Initiativen,
7606 Vereinen und Verbänden als Motor einer lebendigen Demokratie. Daher wollen wir
7607 ihre Bedeutung stärken, indem sie verbindlicher eingebunden wird. Wo
7608 Bürger*inneninitiativen in Kommunen eigene Ideen und Vorschläge entwickeln, muss
7609 es das Recht geben, diese den kommunalen Räten als Vorlage zu unterbreiten. Wir
7610 setzen uns dafür ein, dass unnötige Hürden hierfür weiter abgebaut werden. Dazu
7611 gehört für uns auch ein ausreichendes Angebot an Materialien, Anträgen und
7612 Formaten in einfacher und verständlicher Sprache.

7613 Um mehr Beteiligung zwischen den Wahlen zu ermöglichen, schlagen wir die
7614 Einführung von Bürger*innenräten auf kommunaler und auf Landesebene vor. Per Los
7615 sollen Menschen in einem strukturierten Prozess in repräsentativen Gruppen
7616 zusammengeführt werden, um konkrete Fragestellungen gemeinsam zu bearbeiten. Am

7617 Ende sollen Empfehlungen für die gewählten Politiker*innen abgegeben werden, die
7618 diese zwingend beraten müssen.

7619 Wir wollen alle Einwohner*innen Sachsen-Anhalts an gesellschaftlichen
7620 Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Wir setzen darauf, dass sich
7621 Jugendliche, Geflüchtete, EU-Bürger*innen und Migrant*innen aktiv einbringen
7622 wollen. Darum wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14
7623 Jahre senken und das Wahlrecht für die genannten Gruppen öffnen.

7624 Demokratie vor Ort stärken

7625 Uns kommt es darauf an, Ideen und Ansätze vor Ort zu entwickeln und zu
7626 gestalten. Wir machen uns dafür stark, dass die Menschen wieder mehr über ihre
7627 Belange mitentscheiden können. Das stärkt den Gemeinsinn in der Kommune und den
7628 Zusammenhalt einer Region und begünstigt die Akzeptanz eines demokratisch
7629 organisierten Gemeinwesens.

7630 Vier Fünftel der Menschen in Sachsen-Anhalt leben in ländlichen Regionen. Wir
7631 wollen, dass ihre Lebenswirklichkeit sichtbar wird und sie in ihrer
7632 Selbstwirksamkeit stärken. Ein „Parlament der Dörfer“ kann gemeinsames
7633 Sprachrohr, Vernetzungsort und politische Vertretung der Dörfer und Gemeinden
7634 sein und den Städte- und Gemeindebund sowie den Landkreistag sinnvoll ergänzen.

7635 Wir wollen die Menschen vor Ort dabei unterstützen, die Gestaltung ihres
7636 Lebensumfeldes in die eigenen Hände zu nehmen. Dafür sind die Befugnisse und
7637 Kompetenzen kommunaler Politik auszubauen. Das gilt insbesondere für die Ebene
7638 der Ortschaften. Auch auf dieser unteren Ebene der Politik, die unmittelbar an
7639 die Lebenswelt der Bürger*innen anschließt, wollen wir Formen der direkten
7640 Demokratie entwickeln. Dafür sollen Einwohner*innenanträge, Bürger*innenbegehren
7641 und -entscheide auch dort möglich werden. Außerdem sollte verbindlich geregelt
7642 werden, dass Ortschaftsräte eigene Budgets bekommen und wieder über mehr
7643 Entscheidungskompetenzen verfügen.

7644 Auch sollen Bürger*innenbegehren künftig in weiteren Bereichen, beispielsweise
7645 in Bauangelegenheiten, möglich sein. Bei Bürgermeister*innenwahlen soll es dort,
7646 wo nur ein*e Kandidat*in antritt, künftig eine echte Wahl mit Ja- und Nein-
7647 Stimmen und festgelegten Quoren geben.

7648 Außerdem wollen wir vor Ort mehr Transparenz wagen. Künftig sollen zusätzlich zu
7649 den Ortsbürgermeister*innen auch die Mitglieder eines Ortschaftsrats Fragerecht
7650 in allen Belangen der Kommune haben. Außerdem sollen die Mitglieder der
7651 Ortschaftsräte Akten einsehen dürfen. Kommunen sollen das Recht bekommen,
7652 Ortschaften mit einem angemessenen Investitionsbudget auszustatten.

7653 Zur Vermeidung von Interessenkonflikten sollen hauptamtliche Bürgermeister*innen
7654 nicht mehr Mitglieder in Kreistagen sein können. Wir setzen uns dafür ein, dass
7655 Reisekosten von kommunalen Mandatsträger*innen künftig gleichberechtigt, also
7656 unabhängig vom Verkehrsmittel, anerkannt werden. Dabei sollte der ÖPNV bevorzugt
7657 genutzt werden.

7658 Die Kontrolle kommunaler Zweckverbände wollen wir verbessern. Die
7659 Verbandsversammlungen müssen die Zusammensetzung der Vertretungen der
7660 Mitgliedsgemeinden abbilden. Für die Rückübertragung von Pfichtaufgaben an
7661 Kommunen wollen wir gesetzliche Regeln einführen.

7662 Bei den Gehältern von Sparkassenvorständen wollen wir Transparenz schaffen und
7663 diese offenlegen.

7664 Demokratiebildung fachübergreifend in den Schulen

7665 Bis 2030 sollen Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie
7666 die Friedens- und Demokratiepädagogik in Sachsen-Anhalt an allen Schulen als
7667 fächerübergreifende Querschnittsaufgaben begriffen werden. Das heißt:
7668 Schüler*innen sollen wissen und täglich erfahren, was es heißt, demokratisch zu
7669 handeln. Lehrkräfte und Schulleitungen sollen fächerübergreifend an
7670 gesellschaftlichen Themen arbeiten und die Schüler*innen demokratisch in die
7671 Unterrichtsgestaltung und Schulentwicklung mit einbeziehen. Hier wollen wir
7672 außerschulische Akteur*innen stärker einbeziehen. Schulangehörigen sollen selbst
7673 Demokratieerfahrungen machen können und Demokratie leben. Die Lehrer*innenaus-
7674 und -fortbildung wollen wir dementsprechend anpassen. Wir setzen uns außerdem
7675 für Projekte wie die demokratische Schule oder Schule ohne Rassismus ein.

7676 Religion und Weltanschauung: gemeinsam im Dialog

7677 Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet unser gemeinsames Fundament: Niemand
7678 darf wegen seines Glaubens oder Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt
7679 werden.

7680 Wir treten für die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller
7681 Menschen auf der Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in
7682 unserem Land als gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und
7683 kulturellen Austausch.

7684 Als Grüne bekennen wir uns zum grundgesetzlichen Schutz des Sonntags. Er ist ein
7685 zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und Gesellschaft und
7686 verschafft allen Menschen eine Zeit der Erholung, der Besinnung und der
7687 Begegnung. Wir stellen dennoch fest, dass die weit überwiegende Mehrheit der
7688 Bürger*innen in Sachsen-Anhalt sich keiner Kirche und Religionsgemeinschaft
7689 zugehörig fühlt. Wir wollen deshalb Tanz- und Sportveranstaltungen auch an
7690 stillen Feiertagen ermöglichen.

7691 Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Rahmen zur Ablösung der Leistungen für
7692 historisch überkommene Verluste der Kirchen ein und wollen damit einen alten
7693 Verfassungsauftrag endlich erfüllen. In Sachsen-Anhalt wollen wir im Dialog mit
7694 den Evangelischen Kirchen und der Katholischen Kirche zu einer Modernisierung
7695 der Staatskirchenverträge kommen.

7696 Wir stehen im beständigen Austausch mit den christlichen Kirchen, dem
7697 Landesverband jüdischer Gemeinden und den muslimischen Gemeinden im Land. Guter
7698 Dialog braucht Partner*innen, deshalb freuen wir uns, wenn auf Ebene der
7699 muslimischen Gemeinden ein Ansprechpartner auf Landesebene entsteht und
7700 unterstützen die Gemeinden hier.

7701 Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und auch Christenfeindlichkeit treten
7702 wir engagiert entgegen.

7703 Die Zahl der konfessionsfreien Menschen ist in Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren
7704 hoch und steigt weiter. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von

7705 konfessionsfreien Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten
7706 mitgedacht wird. Dazu wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände
7707 besser in Dialogprozesse einbinden.

7708 Sachsen-Anhalt als europäische Region

7709 Wir stehen für ein demokratisches, weltoffenes und soziales Europa mit starken,
7710 zusammenwachsenden Regionen. Wir streiten für eine stärkere Gewichtung der
7711 Europapolitik in Sachsen-Anhalt. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zum
7712 europäischen Einigungsprozess, auch in der Landesverfassung. Das
7713 europapolitische Leitbild der Landesregierung wollen wir stärker als bisher über
7714 alle Ressorts ausgestalten.

7715 Sachsen-Anhalt wird keine der großen Herausforderung des 21. Jahrhunderts allein
7716 lösen können. Gute Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Regionen und Kommunen
7717 der EU ist deshalb unverzichtbar. Kommunen und Regionen müssen auf EU-Ebene ein
7718 gestärktes Mitspracherecht erhalten und regelmäßig in europapolitische Prozesse
7719 einbezogen werden. Dabei gilt das Subsidiaritätsprinzip. Wichtige Entscheidungen
7720 auf EU-Ebene gehören zunehmend auch in den Landtag und in die kommunale Ebene
7721 und müssen daher auch dort diskutiert werden. Der Ausschuss der Regionen muss
7722 verstärkt Dialoge mit dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission
7723 und dem Europäischen Rat führen. Die Rechte des Ausschusses der Regionen wollen
7724 wir schrittweise hin zu einer zweiten Kammer in einer föderalen europäischen
7725 Republik stärken.

7726 Wir begrüßen es, wenn Mandatsträger*innen der Kommunal- und Landesebene den
7727 europäischen Austausch suchen und damit Städte- und Regionalpartnerschaften mit
7728 Leben füllen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen, indem wir ihnen einen
7729 Austausch im Rahmen des ERASMUS Staff Mobility ermöglichen. Diesen Austausch
7730 wollen wir auch Mitarbeiter*innen in den Landes- und Kommunalverwaltungen
7731 anbieten. Denn um in Zukunft als europäische Region auf Augenhöhe mitwirken zu
7732 können und wahrgenommen zu werden, müssen die Diversität und Europakompetenz in
7733 den Verwaltungen erhöht und die organisatorischen, finanziellen und personellen
7734 Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Neben dem Austausch gehören dazu auch
7735 Weiterbildungen und Sprachkurse. Zusätzlich dazu wollen wir die Arbeit der
7736 Landesvertretung in Brüssel und der europapolitischen Informationseinrichtungen
7737 in Sachsen-Anhalt ausreichend absichern. Für Fragen um europäische Politik und
7738 Förderung wollen wir in allen Kreisstädten und kreisfreien Städten zentrale
7739 Anlaufstellen einrichten. Wir wollen die Möglichkeit prüfen, analog zu Sachsen
7740 und Bayern neben der Landesvertretung eine Kommunalvertretung in Brüssel
7741 einzurichten. Ein erster Schritt ist die Einrichtung einer Informations- und
7742 Kontaktstelle für unsere Kommunen in der Landesvertretung, um mehr Kommunikation
7743 zwischen den Kommunen und der EU zu schaffen. Die EU Service Agentur, die bis
7744 Ende 2020 Kommunen in Belangen der Europäischen Union beriet und bei der
7745 Antragstellung von Förderanträgen unterstützte, wollen wir wieder aufbauen.

7746 Denn Europa lebt von seinen Menschen und ihrem Dialog miteinander. Mit unseren
7747 Partnerregionen Masowien und Centre-Val de Loire fühlen wir uns tief verbunden,
7748 weshalb wir die Beziehungen mit ihnen intensivieren wollen. Zusätzlich wollen
7749 wir die Möglichkeit prüfen, weitere Regionalpartnerschaften einzugehen. Bei
7750 Delegationsreisen der Landesregierung wollen wir stets das Ziel verfolgen, in
7751 den Austausch zu den Themen Klimaschutz, Menschenrechte, politische Teilhabe,

7752 Frieden, soziale Gerechtigkeit und ausgewogene globale Entwicklung zu treten.
7753 Stets wollen wir darauf verweisen, dass Menschenrechte und Demokratie für uns
7754 nicht verhandelbar sind. Die Partnerschaften und der wechselseitige Austausch
7755 mit anderen Regionen soll jedoch nicht nur seitens der Landesregierung und -
7756 verwaltung stattfinden, sondern auch auf kommunaler Ebene intensiviert werden.
7757 Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene wollen wir aktiv unterstützen.
7758 Außerdem betrachten wir den zivilgesellschaftlichen Dialog als wichtige
7759 Grundlage für gute europäische Zusammenarbeit. In diesen wollen wir Schulen,
7760 Berufsverbände, Religionsgemeinschaften, lokale Bürger*inneninitiativen,
7761 Vereine, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure einbinden. Zusätzlich
7762 sollen diese Partnerschaften durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit stärker
7763 ins Bewusstsein der Sachsen-Anhalter*innen gerückt werden.

7764

7765 Auf Bundesebene setzen wir uns für die Stärkung, den Ausbau und die
7766 Entbürokratisierung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der
7767 direkten Bürger*innenbeteiligung und Teilhabe ein. Zudem setzen wir uns in allen
7768 Gremien für den demokratischen Zusammenhalt Europas ein.

7769 Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen und Landkreise europäischen und
7770 internationalen Netzwerken und Initiativen wie den „Smart Cities“, „Fairtrade
7771 Towns“ oder „Fairtrade Landkreise“ anschließen, um dadurch z. B. den
7772 Strukturwandel mitzugestalten. Partnerschaften im Globalen Süden erhöhen die
7773 Bekanntheit Sachsen-Anhalts in der Welt und tragen zu einer anti-rassistischen,
7774 weltoffenen Gesellschaft, kulturellem Austausch und neuen wirtschaftlichen
7775 Beziehungen bei. Wir stoßen deshalb bei Mandatsträger*innen der Kommunal- und
7776 Landesebene an, Städtepartnerschaften mit Städten des Globalen Südens
7777 einzugehen. Weiterhin prüfen wir die Möglichkeit, Regionalpartnerschaften im
7778 Globalen Süden einzugehen.

7779 Wir befürworten die von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Bewegung
7780 des New European Bauhauses. Wir sehen darin Chancen, das Bemühen um
7781 Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen voranzutreiben und die Bauhaus-Idee neu
7782 zu beleben. Wir wollen daher Bestrebungen des Umweltbundesamtes (UBA)
7783 unterstützen, eine Nachhaltigkeitsakademie am Standort Dessau aufzubauen. Hierzu
7784 sollen neben dem UBA Kompetenzen der Hochschule Anhalt und der Stiftung Bauhaus
7785 gebündelt werden.

7786 Eine bürger*innenfreundliche, transparente und effiziente
7787 Verwaltung schaffen

7788 Wir wollen eine effiziente, transparente und bürger*innennahe Verwaltung. Die
7789 Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu zu regeln.

7790 Das Landesverwaltungsamt ist die zentrale Mittelbehörde und arbeitet derzeit
7791 neben weiteren Landesbehörden wie Landesämtern und Landesbetrieben. Dadurch
7792 bestehen überflüssige Doppelstrukturen, die wir abbauen wollen, um kurze
7793 Entscheidungswege und eine klare Ressortverantwortung zu schaffen. Wir wollen
7794 deshalb die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes auf fachlich zuständige
7795 Landesbehörden verteilen. Damit wollen wir den Abstimmungsbedarf reduzieren.

7796 Wir stehen zum Widerspruchsverfahren als einfache und kostengünstige
7797 Kontrollmöglichkeit von Verwaltungsentscheidungen.

7798 Informationszugang – ein Bürgerrecht

7799 Das Recht auf Einsicht in Informationen der öffentlichen Verwaltung ist seit
7800 mehreren Jahren ein einklagbares Recht. Wir wollen die bestehenden Zugangsrechte
7801 zu einem breiten Transparenzrecht weiterentwickeln. Alle Behörden des Landes
7802 sollen zur schnellen und umfassenden Bereitstellung von offenen Daten
7803 verpflichtet werden. Die grundsätzliche Veröffentlichung amtlicher Informationen
7804 in Registern soll der Regelfall werden.

7805 DDR-Vergangenheit weiter aufarbeiten

7806 Wir stehen in der Tradition der Demokratie-, Bürgerrechts- und Umweltbewegung
7807 der DDR. Seit unserer Gründung haben wir einen wichtigen Beitrag für die
7808 demokratische Öffnung der Gesellschaft, für die Rechte von Minderheiten und die
7809 Selbstbestimmung geleistet. Der Kampf der Bürgerrechtler*innen zur Überwindung
7810 der Machtverhältnisse in der DDR und für die Errichtung einer lebendigen
7811 Demokratie in Sachsen-Anhalt ist uns Verpflichtung für die Zukunft. Wir sehen
7812 beides: Geschehenes Unrecht, für das Verantwortung zu übernehmen ist und
7813 individuelle Lebensleistung. Wir begrüßen es, wenn es möglich ist, dass sich
7814 Täter*innen und Opfer der DDR-Repression begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig
7815 aufarbeiten. Opferverbände haben unsere Unterstützung. Unser Ziel ist,
7816 gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuelle Versöhnung
7817 ermöglichen.

7818 Zur Aufarbeitung gehört auch, dass der Arbeitsauftrag der*des Landesbeauftragten
7819 des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur um zusätzliche
7820 Aspekte systematischen Unrechts in der DDR erweitert wird. Wir wollen für das
7821 Thema „DDR-Geschichte“ in allen allgemeinbildenden Schulen einen festen Platz
7822 und die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR sowie die Gedenkstättenarbeit
7823 weiter unterstützen.